

Zwei Jahre parlamentarische Republik Kirgistan – Eine Zwischenbilanz

2012 wird die parlamentarische Demokratie in der Republik Kirgistan zwei Jahre alt. Die Bilanz ist bisher gemischt. Rein formell funktioniert das neue System. Doch politische Kräfte, die die Demokratie als Wurzel für die schlechte ökonomische Situation schuldig machen, gewinnen mehr und mehr an Boden gegenüber der Regierung in Bischkek. Dabei nutzen sie geschickt nationalistische Grundstimmungen in der Bevölkerung für ihre Zwecke aus. Leidtragend sind die usbekische Minderheit sowie der gesellschaftliche Frieden des Landes.

Das Jahr 2010 brachte Kirgistan gleich mehrere entscheidende Wendepunkte: Nach dem gewaltsamen Sturz des letzten autoritären Präsidenten Kirgistans, Kurmanbek Bakijew, im April und den schweren ethnischen Unruhen Anfang Juni stimmte Ende Juni des Jahres eine überwältigende Mehrheit für die Einführung der parlamentarischen Demokratie. Die provisorische Übergangsregierung unter Rosa Otunbajewa hatte ihr Ziel, eine grundlegende Verfassungsreform zu erreichen, verwirklichen können. Die Übergangsperiode wurde wie geplant vollendet, im Oktober 2010 wurde das Parlament, im Oktober 2011 ein neuer Präsident, Almasbek Atambajew¹, gewählt. Kirgistan schaffte damit den ersten

friedlichen Machtwechsel seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1991. Die Wahlen verliefen weitgehend nach internationalen Standards. Dennoch lässt sich an ihnen ablesen, wie tief das Land heute gespalten ist: Die meisten Stimmen bekamen Kandidaten bzw. Parteien, die diametral entgegengesetzte Botschaften vertreten: Auf der einen Seite die moderaten Kräfte wie etwa die Sozialdemokratische Partei Kirgistans von Präsident Atambajew, auf der anderen Seite Parteien wie die Ata-Dschurt („Vaterland“), in der sich viele ehemalige Gefolgsleute von Ex-Präsident Bakijew zusammengeschlossen haben und die im Parlament immer wieder für Unruhe sorgt.

Nach den Parlamentswahlen 2010 war Ata-Dschurt zunächst an der Regierungskoalition beteiligt. Diese Koalition war jedoch in zentralen Punkten uneinig und zerstritten. Nach der Amtseinführung Atambajews ins Präsidentenamt im Dezember 2011 wurde die Regierung aufgelöst und neu gebildet, dieses Mal entstand eine Koalition ohne Ata-Dschurt. Während die Regierung unter dem neuen Ministerpräsidenten Omurbek Babanow versucht, Routine in den Politikbetrieb zu bringen und die desolatte wirtschaftliche Lage² in den Griff zu

¹ Atambajew war seit den Parlamentswahlen 2010 zunächst amtierender Premierminister. Sein Nachfolger als Premierminister wurde Ende 2011 Omurbek Babanow, bis dahin Vize-Premierminister.

² Bei einer Einwohnerzahl von knapp 5,5 Millionen lag das BIP im Jahr 2010 gerade einmal bei 4,6 Milliarden US-Dollar (Datenbank der Weltbank, Datenblatt der Republik Kirgistan. Online unter <http://data.worldbank.org/country/kyrgyz-republic>)

10. Mai 2012

www.kas.de/zentralasien

www.kas.de

bekommen, verfolgt die kirgisisch-nationalistisch geprägte Opposition – allen voran Ata-Dschurt – gegensätzliche Ziele. Sie fordert gebetsmühlenartig Neuwahlen und eine Verfassungsreform. Dabei zeichnet sich ihre Rhetorik vor allem durch eine aggressive Rundumkritik aus. Die Absetzung der Regierung und eine Rückkehr zum Präsidialsystem, gepaart mit Parolen für eine Dominanz der kirgisischen Ethnie scheinen ihr als Allheilmittel zu gelten. Insbesondere im Süden des Landes stößt sie damit jedoch auf Unterstützung, wie die ständig steigenden Teilnehmerzahlen an den regelmäßig organisierten Demonstrationen zeigen.

Südkirgistan ist der ärmere Teil des Landes, in dem Traditionen und konservative Werte eine größere Rolle spielen als im Norden. Hier spielten sich auch die ethnischen Unruhen im Juni 2010 ab, denen vor allem Usbeken zum Opfer fielen. Seit den Vorfällen, die von der internationalen Kyrgyzstan Inquiry Commission³ zwar nicht als Genozid, aber als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“⁴ klassifiziert wurden, verschlechtert sich die Situation der usbekischen Minderheit, es handelt sich dabei um ca. 14 Prozent der Gesamtbevölkerung, in Kirgistan zusehens. In den Behörden des Landes – vor allem bei der Polizei – arbeiten fast ausschließlich

(Abruf am 20. April 2012)). Damit kam Kirgistan auf ein BIP pro Kopf von 847 US-Dollar. Zum Vergleich: Im rohstoffreichen Nachbarland Kasachstan lag das BIP pro Kopf 2010 bei 9.132 US-Dollar (Datenbank der Weltbank, Indikator „GDP per Capita (current US\$)“. Online unter <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP>. CD (Abruf am 20. April 2012)).

³ Die KIC wurde auf Bitten von Übergangspräsidentin Otunbajewa ins Leben gerufen und untersuchte unter der Leitung des finnischen Parlamentsabgeordneten Kimmo Kiljunen die Ereignisse während und nach den Unruhen. Der Abschlussreport wurde jedoch in Kirgistan nie offiziell anerkannt, da sich die Übergangsregierung unmäßig kritisiert fühlte.

⁴ Kyrgyzstan Inquiry Commission (03. Mai 2011): „Report of the Independent International Commission of Inquiry into the events in Southern Kyrgyzstan in June 2010“. Online unter [http://www.kgzembind.in/Report%20\(English\).pdf](http://www.kgzembind.in/Report%20(English).pdf) (Abruf am 18. April 2012). Vgl. z.B. Artikel 266 auf S. 54.

ethnische Kirgisen. Diskriminierungen usbekischer Zivilisten sind keine Ausnahme, sondern die Regel, so die Einschätzung der *International Crisis Group*: Ethnische Usbeken zahlen demnach beim Einkaufen höhere Preise, müssen in Behörden länger warten und werden von der Polizei schikaniert. Beschwerden oder Anzeigen von Usbeken werden oft ignoriert oder sogar mit Drohungen beantwortet, im Gegenzug müssen sie als Sündenböcke für alle möglichen Missstände herhalten. Immer wieder kommt es zu willkürlichen Verhaftungen und fingierten Ermittlungen, bei denen es vor allem darum geht, Geld zu erpressen. Häftlingen wird mit Folter gedroht, wenn ihre Angehörigen nicht die verlangte Summe an Schutzgeld zahlen⁵.

Die Meinung, dass „die Usbeken“ selbst an den Pogromen gegen sie Schuld gewesen seien, weil sie nach dem Sturz Bakijews aktiv versucht hätten, ein Autonomes Usbekisches Gebiet in Kirgistan zu gründen bzw. die Macht im Lande zu übernehmen, wird von vielen Kirgisen immer selbstverständlicher vertreten. Kirgisen, die an den Pogromen teilnahmen, werden vielerorts als Helden betrachtet, weil sie sich für die Einheit des Vaterlandes eingesetzt hätten und quasi in Notwehr gegen Aufrührer vorgegangen wären. Erschreckenderweise verbreiten sich derartige Ressentiments nicht nur – wie man zunächst annehmen sollte – unter der einfachen Landbevölkerung, sondern auch in den gebildeteren und wohlhabenderen Schichten⁶. Misstrauen und Abneigung gegenüber der usbekischen Minderheit sind längst salonfähig.

⁵ International Crisis Group (29. März 2012): „Kyrgyzstan: Widening ethnic divisions in the South. Asia Report N°222“. Online unter <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia.aspx> (Abruf am 12. April 2012). Vgl. S. 10f.

⁶ International Crisis Group (29. März 2012): „Kyrgyzstan: Widening ethnic divisions in the South. Asia Report N°222“. Online unter <http://www.crisisgroup.org/en/regions/asia/central-asia.aspx> (Abruf am 12. April 2012). Vgl. z.B. S. 7, S. 9.

ZENTRALASIEN

DR. THOMAS KUNZE

LINA GRONAU

10. Mai 2012

www.kas.de/zentralasien

www.kas.de

Die Spannungen zwischen Nord- und Südkirgistan sind ein großes Problem des Landes. Der Norden war von jeher wohlhabender als der Süden, hier lebte in Sowjetzeiten (und auch heute noch) der Großteil der russischen Minderheit (heute: ca. 13 Prozent der Gesamtbevölkerung). Im Norden liegt auch die Hauptstadt Bischkek, ehemals das Tor zur großen Sowjetunion, heute zum wesentlich fortschrittlicheren Kasachstan sowie nach Russland und Europa. Der Süden ist durch mehrere Bergketten geografisch vom Norden getrennt, im Winter sind die beiden Landesteile nur durch den Flugverkehr miteinander verbunden. Südkirgistan ist agrarisch geprägt. Die Fabriken aus Sowjetzeiten sind längst Ruinen. Die ethnischen Kirgisen leben hauptsächlich auf dem Land und in kleineren Dörfern, während sich die usbekische Minderheit schon immer in den Städten konzentriert hat. Bereits vor der Besetzung Zentralasiens durch das zaristische Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es einen entscheidenden Unterschied zwischen ethnischen Kirgisen und Usbeken: Während die Kirgisen (ebenso wie die Kasachen) ein Nomadenvolk waren, handelt es sich bei den Usbeken um traditionell sesshafte Bauern und Händler. Mit einem ausgeprägten Sinn fürs Geschäft hatten sie bis 2010 auch in Kirgistan ein gutes Auskommen und waren durchschnittlich wohlhabender als viele Kirgisen.

Wirtschaftlicher Neid auf die Minderheit führte bereits Anfang der 1990er Jahre zu ethnischen Unruhen zwischen Kirgisen und Usbeken in Osch und Umgebung.⁷ Erst der Aufmarsch der sowjetischen Armee beendete das Blutvergießen. Nach der Unabhängigkeit schien es für Kirgistan zunächst aufwärts zu gehen, Präsident Akajew galt international als Hoffnungsträger in der Region, er zeigte sich Willens, aus Kirgistan eine Demokratie zu machen. Spätestens gegen Ende der 1990er Jahre war jedoch klar, dass daraus nichts mehr

würde und Akajew genauso autoritär herrschte wie seine Amtskollegen in den Nachbarländern. Auch die Wirtschaftsleistung des Landes sank, was zunächst 2005 zum Sturz Akajews, 2010 dann zum Sturz Bakijews führte, der sich ebenfalls eher für die wirtschaftliche Situation seiner Familie und Freunde interessierte und nicht für die der Bevölkerung. Zu Sowjetzeiten wurden ethnische Zwiste wirkungsvoll unterdrückt. Nach der Unabhängigkeit, besonders unter Bakijew, konnten sich alte Ressentiments wieder aufbauen, bis sie sich schließlich 2010 gewaltsam entluden.

Einmal gerufen, wird man Geister wie Nationalismus und ethnischen Hass kaum wieder los. Diese Erfahrung macht momentan die Zentralregierung in Bischkek, die vor einem ausgesprochen fatalen Dilemma steht. Aufgrund der weitverbreiteten Korruption und schlechter Bedingungen für wirtschaftliche Entfaltung im Land wird es noch lange dauern, bis es in Kirgistan einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung geben wird. Zwar bemüht sich die Regierung bereits, den Staatsapparat zu verschlanken und effizienter zu machen, doch korrupte Praktiken sind zu tief im System verankert, als dass sie sich schnell überwinden ließen. Zudem fehlt schlicht das Geld, trotz regelmäßiger Kredite internationaler Entwicklungsbanken und Investitionen aus China. Die Regierung kann noch nichts vorweisen, das ihr in Südkirgistan Respekt einbringen würde⁸. Die Menschen verlangen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation und das möglichst schnell. Eine schier unmögliche Aufgabe für die junge Demokratie. Es sind zu viele Baustellen, die gleich große Aufmerksamkeit verlangen: die weitverbreitete Korruption auf allen Ebenen, eine schlechte Transportinfrastruktur, die lückenhafte Strom- und Gasversorgung, kaum vorhandene Industrie und eine

⁸ Im Gegenteil, auch Mitglieder der Regierung werden von den Nationalisten offen angefeindet. So forderte bspw. der Vorsitzende der Partei Ata-Dschurt, Kamtschibek Taschijew, im Februar 2012, dass die Regierung nur von einem „reinblütigen“ Kirgisen angeführt werden solle; ein Affront gegen Premierminister Babanow, dessen Mutter Kurdin ist.

⁷ Vgl. Thomas Kunze/Thomas Vogel: „Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit. Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken“, Berlin, 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ZENTRALASIEN

DR. THOMAS KUNZE

LINA GRONAU

10. Mai 2012

www.kas.de/zentralasien

www.kas.de

rückständige Landwirtschaft sind nur einige der größten Probleme. Die Regierung in Bischkek hat in Südkirgistan kaum Rückhalt, zumal die lokalen Politikeliten nach Belieben schalten und walten und die Autorität der Zentralregierung untergraben. In Bischkek weiß man um dieses Problem und versucht erst gar nicht, gegen die dortige Unterdrückung der usbekischen Minderheit anzugehen.

idealer Nährboden für islamischen Extremismus ist, dürfte dem usbekischen Präsidenten Karimow ohnehin ein Dorn im Auge sein.

In Ermangelung jeglicher Unterstützung wendet sich die usbekische Gemeinschaft wieder verstärkt der Religion zu und sucht ihr Heil im Glauben und bei islamischen Autoritäten. Eine in Zentralasien, das einer islamistischen Bedrohung ausgesetzt ist, schwierige Entwicklung, zumal sie der nationalistischen Propaganda in die Hände spielt. Dort heißt es bereits, viele Usbeken seien ohnehin Terroristen und somit eine Gefahr für Kirgistan. Hartnäckig hält sich z.B. das Gerücht, dass im Sommer 2010 hunderte junger Usbeken nach Afghanistan aufgebrochen seien, um sich dort zu Attentätern ausbilden zu lassen. Ihr Ziel sei es, im Anschluss nach Kirgistan zurückzukehren und sich an den Kirgisen zu rächen. Es gibt jedoch keinerlei Hinweise, dass dies der Realität entspricht, man kann davon ausgehen, dass es sich um nationalistische Propaganda handelt.

Viele Usbeken blicken inzwischen auch hoffnungsvoll auf den westlichen Nachbarn Kirgistans: Usbekistan. Obwohl die meisten Familien schon immer im Gebiet des heutigen Kirgistan gelebt haben und lieber dort bleiben würden, fühlen sich viele mehr und mehr zum Land ihrer „ethnischen Brüder“ hingezogen. Bei den Unruhen 2010 hatte sich Usbekistan neutral verhalten und nicht in den Konflikt eingegriffen. Es nahm lediglich die über 100.000 Flüchtlinge auf und versorgte sie kurzfristig, bis diese nach Kirgistan zurückkehrten. Aber die usbekische Regierung war empört über das, was mit der usbekischen Minderheit in Kirgistan geschah. Ob sich das Land bei einem erneuten Konflikt wieder zurückhalten würde, ist fraglich, zumal Usbekistan Kirgistan militärisch um ein Vielfaches überlegen ist. Die unverändert instabile Situation in Kirgistan, die auch ein